

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Finanzen**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 16. Dezember 2021  
– Drucksache 17/1230**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;  
hier: Denkschrift 2020 des Rechnungshofs zur Haushalts- und  
Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg  
– Beitrag Nr. 10: Polizeifuhrpark aktiver managen**

#### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

I. Von der Mitteilung der Landesregierung vom 16. Dezember 2021 – Drucksache 17/1230 – Kenntnis zu nehmen.

II. Die Landesregierung zu ersuchen,

1. über die Evaluation des Modellprojekts für einen temporären Verzicht auf Fahrzeuge,
2. über die Einführung des elektronischen Fahrtenbuchs bei der Polizei,
3. über die Einrichtung möglicher weiterer Fahrzeugpools,
4. über die Evaluation der Fahrzeugbemessung sowie
5. über das Defizit bei der Fahrzeugausstattung der Bereitschaftspolizeidirektionen im Jahr 2023 und ggf. eingeleitete Schritte

bis zum 31. Dezember 2023 zu berichten.

10.2.2022

Der Berichterstatter:

Ulli Hockenberger

Der Vorsitzende:

Martin Rivoir

## Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet die Mitteilung Drucksache 17/1230 in seiner 13. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 10. Februar 2022. Als *Anlage* ist diesem Bericht eine Anregung des Rechnungshofs für eine Beschlussempfehlung des Ausschusses an das Plenum beigelegt.

Der Berichterstatter dankte der Landesregierung für ihre Mitteilung und fügte hinzu, er nehme den Beschlussvorschlag des Rechnungshofs (*Anlage*) gern auf. Der Rechnungshof wirke nicht nur im Großen, sondern auch im Kleinen. So habe seit der Veröffentlichung der Denkschrift 2020 des Rechnungshofs bei 20 Fahrzeugen auf eine Neubeschaffung verzichtet werden können.

Ohne weitere Aussprache stimmte der Ausschuss daraufhin dem Beschlussvorschlag des Rechnungshofs (*Anlage*) einstimmig zu.

28.2.2022

Hockenberger

**Anlage**

**Rechnungshof  
Baden-Württemberg**

**Anregung**

**für eine Beschlussempfehlung  
des Ausschusses für Finanzen**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 16. Dezember 2021  
– Drucksache 17/1230**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;  
hier: Denkschrift 2020 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes  
Baden-Württemberg;  
– Beitrag Nr. 10: Polizeifuhrpark aktiver managen**

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung der Landesregierung vom 16. Dezember 2021 – Drucksache 17/1230 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
  1. über die Evaluation des Modellprojekts für einen temporären Verzicht auf Fahrzeuge,
  2. über die Einführung des elektronischen Fahrtenbuchs bei der Polizei,
  3. über die Einrichtung möglicher weiterer Fahrzeugpools,
  4. über die Evaluation der Fahrzeugbemessung sowie
  5. über das Defizit bei der Fahrzeugausstattung der Bereitschaftspolizeidirektionen im Jahr 2023 und ggf. eingeleitete Schritte.bis zum 31. Dezember 2023 zu berichten.

Karlsruhe, 3. Februar 2022

gez. Ria Taxis

gez. Lothar Nickerl